



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

so hoch war der Haushalt für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend noch nie.

Auf 10,2 Milliarden Euro ist der Anteil des Ressorts angewachsen und damit um 702 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Großteil, nämlich 6,67 Milliarden, entfällt auf das Elterngeld, das ganz klar zum Erfolgsschlager geworden ist. Damit fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglichen es

insbesondere den Vätern, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen.

Aufgestockt wurden einmal mehr die Mittel zur Extremismusprävention auf nunmehr 120 Millionen Euro. Dabei geht es vor allem um die Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie des Islamismus. Neu hinzugekommen ist erfreulicherweise ein Projekt zur Erforschung linksmilitanter Gewalt, für das ich mich sehr eingesetzt habe. Durchgeführt wird es von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, wo sich früher das Stasi-Gefängnis befand. Die Gedenkstätte hat sich seit

langem als eine von nur wenigen Institutionen die Aufklärung über den Linksextremismus auf die Fahne geschrieben.

Mit dieser Sitzungswoche geht der Deutsche Bundestag in die Sommerpause. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine angenehme Ferien- und Urlaubszeit.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Deutscher Kita-Preis 2019

Es ist soweit! Die Bewerbungsphase für den 2. Durchgang des Deutschen-Kita Preises ist gestartet.

Der Deutsche Kita-Preis würdigt beispielhaftes Engagement von Kitas und lokalen Bündnissen für frühe Bildung. Die Auszeichnung nimmt insbesondere gute Prozesse in den Blick und fokussiert nicht ausschließlich auf gute Ergebnisse. Gesucht werden Kitas und lokale Initiativen, die kontinuierlich an der Qualität in der frühen Bildung in

ihrer direkten Umgebung arbeiten und dabei die Sichtweise der Kinder in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Zudem spielen Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern sowie die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort bei der Auswahl der Gewinner eine Rolle. Die frühkindliche Bildung spielt eine enorme Rolle auf die Entwicklung unserer kleinen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deshalb möchte ich alle Kindertageseinrichtungen in meinem Wahlkreis ermuntern, sich am

bundesweiten Wettbewerb für den Deutschen Kita-Preis 2019 zu bewerben.

Alle Kitas und lokalen Bündnisse für frühe Bildung können sich bis zum 31. August 2018 bewerben unter www.deutscher-kita-preis.de. Die Initiative geht auf das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der die Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, in Partnerschaft mit der Heinz und Heide Dürr Stiftung, der Karg-Stiftung, dem Magazin „Eltern“ und dem Didacta-Verband zurück.

CDU-Generalsekretärin auf Zuhör-Tour in Frankfurt

Im Rahmen ihrer Zuhör-Tour lädt CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer Parteimitglieder zu über 40 Veranstaltungen im ganzen Land ein. Aus den Gesprächen der Zuhör-Tour werden Leitfragen entwickelt, die in das neue Grundsatzprogramm einfließen sollen.

Am Freitag (29.06.2018) war die Generalsekretärin auf der 30. Station der Zuhör-Tour beim CDU-Kreisverband Frankfurt (Oder) zu Gast. Wir diskutierten über die Förderung von Familien, das Verhältnis von Großstädten zu ländlichen Regionen sowie über die Ergebnisse des zurückliegenden EU-Gipfels.

Klar wurde dabei, dass Migration keine Eintagsfliege ist. Das Thema wird uns anhaltend beschäftigen. Darum müssen wir sehen, wie wir mit den zu uns kommenden Menschen umgehen, die vorüber-

gehend oder dauerhaft bei uns bleiben. Wenn wir das Problem nicht lösen, spalten wir die Gesellschaft und haben eine Auseinandersetzung, die wir vielleicht nicht mehr bewältigen können.



Rechts: CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer

Zum Unionskompromiss im Asylstreit

Ein Kompromiss wird immer angreifbar sein. Ich bin froh und dankbar, dass die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft erhalten bleibt und die Flüchtlinge nicht abgeschoben durch irgendwelche andere europäische Länder umherirren, sondern bei ordentlicher Unterbringung ihr Asylverfahren in Deutschland durchführen oder auf ihre Rückführung in die Eintrittsländer warten können. Wir drücken damit den schwächeren Partnerländern in Europa nicht unseren Nationalegoismus auf und lassen andererseits registrierte oder bereits anderswo im Verfahren befindliche Flücht-

linge in unserem Land nicht umherirren, sondern geben ihnen Unterkunft und Verpflegung bis zur Entscheidung über die Zuständigkeit über die Weiterbearbeitung ihres Antrages.

Wer die unterschiedlichen Perspektiven verantwortungsvoller und nachhaltiger Politik für Deutschland aufnehmen möchte, lese oder höre die Rede der Bundeskanzlerin in der Haushaltsdebatte nach. Empfehlenswert für jeden, der nicht in den alternativlosen kleinkarierten und hasserfüllten Tiraden von Frau Weidel (AfD) gefangen und verloren bleiben möchte.

Zur Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel

<https://www.bundestag.de/media/thek?video-deoid=7251313#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjUxMzEz&mod=mediathek>

Zur Rede von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel

<https://www.bundestag.de/media/thek?video-deoid=7251309#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjUxMzA5&mod=mediathek>

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Joram Ulmke
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Für ein menschenfreundliches Leben im Iran

Als Vorstandsmitglied des Deutschen Solidaritätskomitees für einen freien Iran habe ich in diesem Jahr das jährliche, weltweite Treffen der Exil-Iraner in Paris besucht und dort neben Vertretern aus vielen Ländern Europas und der Welt das mutige Eintreten für ein menschenfreundliches und sozial gesichertes Leben gewürdigt.

Nicht Gewalt und Gefängnis, Folter ja Tod können diese Menschen in ihrem Protest gegen die Missachtung jeglicher demokratischer Rechte zum Verstummen bringen. Sie hoffen und erwarten zusammen mit ihren Verwandten und Freunden im Exil, dass die brutale Herrschaft der Mullahs und ihrer Revolutionsgarden zusammenbricht.

Deshalb hat es uns so bekümmert, dass wir mit dem Atomvertrag zwar unsere eigene Sicherheit und wirtschaftliche Interessen vertraglich sichern wollten, aber die Situation der Menschen im Land selbst ignorierten. Wo öffentliche Hinrichtungen und Folter der Regimegegner in unseren politischen

Bemühungen kaum eine Rolle spielen, müssen sich die Menschen im Iran allein gelassen fühlen. Deshalb engagiere ich mich als Menschenrechtler auch an dieser Stelle, riskiere auch die Gefährdungen, in die wir uns als Unterstützer begeben.

Noch nie waren die immer in Paris bei der Veranstaltung erlebten Sicherheitsvorkehrungen so hoch wie in diesem Jahr. Man konnte regelrecht die Sorge und Angst der Veranstalter spüren. Und es hat sich gezeigt, wie notwendig und hilfreich dies war. Außer einer aufkommenen Erregung und Unruhe spürten wir ausländischen Gäste nichts von dem verhinderten Anschlag. Eine Meldung von T-Online, wonach ich bei der Konferenz nur knapp einem Bombenanschlag entgangen sei, finde ich etwas übertrieben. Ich habe mich nie bedroht gefühlt.

Das Anliegen dieser Veranstaltung, der Ruf der 120.000 Besucher verunsichert die Mullahs und die iranische Regierung im wachsenden Maße. Nichts beunruhigt die Diktatoren so sehr wie der Schulterchluss der sich solidarisierenden Exil-Iraner mit dem

wachsenden Protest im Lande. Deshalb nutzen sie zunehmend ihre, auch in unseren freien Ländern intensiv agierenden Geheimdienste gegen alle die, die eine Wende und Akzeptanz der Menschenrechte im Iran fordern. Angesichts der Unterstützung von Terror und Gewalt in anderen Ländern der Region vermute ich, dass der iranische Geheimdienst auch nicht vor Anschlägen gegen Regimegegner zurückschrecken würde.

Um Angst zu verbreiten und der zunehmenden eigenen Angst um den Verlust der Macht im Lande zu begegnen, scheint diesem Herrschaftssystem jedes Mittel recht zu sein. Auch in Deutschland dürfen wir nicht blauäugig sein, jüngste Nachrichten über fortgesetzte Aufrüstung unter Umgehung unserer Exportverbote sollten ein Alarmsignal auch für unsere Sicherheit sein.